

# *Aktive Bürger Bornheim*

*Wir erobern unsere Stadt zurück!*

## **Pressemitteilung:**

Die **Anliegergemeinschaft Roisdorf - Oberdorfer Weg** hat sich mit einem offenen Brief an die Bornheimer Bürger und die Rats- und Ausschussmitglieder gewendet. Dort heißt es unter anderem:

Bis zu einer endgültigen gerichtlichen Entscheidung könnten nach Aussage der Anliegergemeinschaft "einige Jahre ins Land gehen". "Solange könne der Straßenausbau nicht beginnen."

**Björn Reile (Anliegergemeinschaft: "Die Anlieger waren und sind noch immer bereit, Grundstücke in einem sinnvollen Umfang an die Stadt abzutreten.")**

Die Anliegergemeinschaft teilt in ihren offenen Brief folgendes mit:

- Die Anlieger nutzen lediglich ihr Grundrecht, sich gegen unverhältnismäßige Einschnitte in ihr Hab und Gut zu wehren.
- Nicht die Anlieger haben Verzögerungen zu verantworten, sondern die Stadtverwaltung durch ihre kompromisslose Haltung.
- Die Anlieger waren und sind noch immer bereit, Grundstücke in einem sinnvollen Umfang an die Stadt abzutreten, jedoch nicht für einen überflüssigen Luxus-Ausbau mit zwei Bürgersteigen.
- Die Anlieger waren und sind zu einer sachlichen Debatte bereit, aber die Stadtverwaltung hat unsere Gesprächsangebote bisher ignoriert. Wir haben sogar eine Alternativplanung mit einseitigem Bürgersteig vorgelegt.
- Eine Richtlinie für Straßenbaubehörden ist kein Gesetz. Die Stadt schreibt richtig, dass das bautechnische Regelungswerk (RASt) „die Regelanforderung formuliert“. Von einer Regel kann abgewichen werden, sofern gute Gründe vorliegen, wie zum Beispiel: geringer Autoverkehr, sehr geringe Zahl von Fußgängern, unnötig große Eingriffe in das Eigentum der Anlieger, Zerstörung von Vorgärten, unnötig große Bodenversiegelung, etc.
- Privatland muss erworben werden - der Kaufpreis ist keine milde Gabe der Stadt. Der Eigenbeitrag der Stadt ist nur gering; den Löwenanteil der Kosten muss von allen Anlieger aufgebracht werden.
- Der Verzicht auf einen zweiten Bürgersteig senkt mit Sicherheit die Kosten, weil die Ausbaufäche sinkt und weniger Privatland gekauft werden muss.
- Der Komplettausbau des Oberdorfer Weges bis zum Ehrental verringert die immens hohen Kosten pro Quadratmeter nur geringfügig, aber nun werden noch mehr Anlieger zur Kasse gebeten.
- Eine Schenkung von Privatland an die Stadt lehnen wir ab, denn das wäre doppelt ungerecht gegenüber den Anliegern mit großen Grundstücken, die viel Land abgeben und auch noch einen hohen Anteil der Ausbauskosten übernehmen müssen.

**Paul Breuer (Rats- und Ausschussmitglied):** "Die ABB unterstützt die berechtigten Forderungen der Anliegergemeinschaft. Die Forderungen eines einseitigen Bürgersteiges sind vernünftig und nachvollziehbar. Ein beidseitiger Bürgersteig ist vom vorhandenen Platzangebot ohnehin nur an wenigen Stellen machbar! Die viel zitierte RASt ist nur eine Richtlinie und kein Gesetz. Folglich gibt es keinen Zwang derart aufwändig zu sanieren. Nach den Problemen beim Bau der Königstraße, Oberdorfer Weg, Apostelpfad, Me16, Koblenzer Straße, Flüchtlingspolitik etc. sollte meiner Meinung nach Nachdenklichkeit in der Verwaltung und bei diversen Ratsfraktionen einkehren. Gegen berechnete Widerstände der vor Ort betroffenen lässt sich in Bornheim nichts mehr so ohne weiteres durchdrücken. Die Bornheimer Bürger wehren sich zurecht gegen Bevormundungen und Besserwisserei der Verwaltung und einiger Ratsfraktionen."

Die ABB hat auf Ihrer Internetseite eine Online-Meinungsumfrage zum Thema eingestellt (<http://www.aktivebuergerbornheim.de>).

**Bornheim, den 24.12.2017**

Björn Reile, Paul Breuer